



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

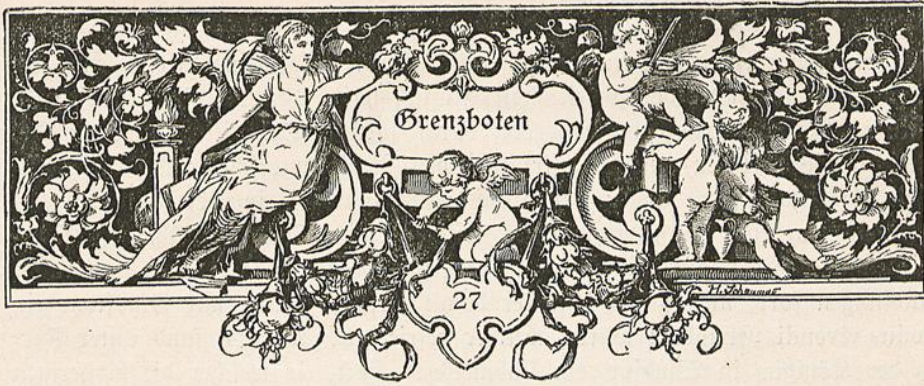
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Ministerwechsel in London.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Ministerwechsel in London.



In der letztvergangenen Woche hat sich in England eine Thatsache vollzogen, die man dort und in ganz Europa kurz vorher noch nahezu für eine Unmöglichkeit gehalten hätte, und die in Wirklichkeit einen schwer erfochtenen Sieg einschließt. Volle vierzehn Tage dauerte die Krisis, durch welche die Regierung des britischen Reiches aus den Händen der liberalen Partei in die der konservativen oder richtiger, da auch die Sieger in gewissem Maße liberalen Grundsätzen folgen werden, aus den Händen der mit Radikalen verbundenen Whigs in die der Tories überging. Es war ein langsames Sterben und eine schwere Geburt, es war in anderer Auffassung ein sehr interessantes, sehr charakteristisches konstitutionelles Schachspiel, bei welchem den Tories das Gewinnen dadurch erleichtert wurde, daß sie zuletzt unter ihren Figuren eine Königin behielten. Nachdem Gladstone in einer nicht sehr bedeutenden Budgetfrage in der Minorität geblieben war, gaben er und seine Kollegen ihr Entlassungsgesuch ein, und Salisbury begann die Bildung eines neuen Kabinetts. Er unternahm dies mit der Voraussetzung, daß ihm die Führer der Liberalen im Unterhause bei Erledigung der laufenden Geschäfte während des Restes der parlamentarischen Session keine Schwierigkeiten bereiten würden. Am 18. Juni wurde ein dahingehendes Verlangen an dieselben gestellt. Es schloß keine Unterstützung der Beschlüsse des im Entstehen begriffenen Ministeriums in auswärtigen Fragen oder in Betreff neuer legislativer Vorlagen ein. Es wurde nur gefordert, daß der Regierung bei der Abwicklung der dringenden Geschäfte der gegenwärtigen Session keine Opposition gemacht werde, welche ihr Ansehen im Lande untergraben könne. Nach Empfang dieser Mitteilung beriet sich Gladstone mit seinen bisherigen Amtsgenossen, und man kam zu dem Beschlusse, zu erklären, daß

man den Führern der Tories nicht mehr als die allgemeine Versicherung erteilen könne, man werde, soweit man Einfluß habe, den Nachfolgern die Abwicklung der Sessionsgeschäfte weder durch faktiöse Opposition noch (in der Weise der Parnelliten) durch Obstruktion das Regieren erschweren. Dieser Bescheid befriedigte im Lager der Konservativen nicht, in der Bildung des Kabinetts trat eine Pause ein, und es erschien einige Tage möglich, daß die Liberalen ans Ruder zurückkehrten. Indes setzte Marquis Salisbury die Unterhandlungen fort, und zuletzt hatte er damit Erfolg, indem mit Gladstone ein *modus vivendi* vereinbart wurde, welcher befriedigte. Am 24. fand unter Vorsitz der Königin in Windsor ein Kabinettsrat statt, in welcher die bisherigen Minister der Souveränin die Siegel der von ihnen innegehabten Departements überreichten, die sodann den neuen Ministern übergeben wurden. Was die nähern Umstände bei den Verhandlungen zwischen den Parteiführern betrifft, so erklärte Salisbury im Oberhause, daß er anfänglich im Hinblick auf die abnormen, durch die Gladstone'sche Wahlreformbill geschaffenen Verhältnisse der Königin geraten habe, die Demission der liberalen Minister zu verweigern. Indes habe Gladstone telegraphisch die Möglichkeit, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen, entschieden in Abrede gestellt, und so sei es nötig geworden, über die parlamentarische Lage eine Verständigung herbeizuführen. Gladstone habe zwar spezielle Zusagen verweigert, in einem letzten Briefe aber doch genauere Versicherungen erteilt, welche der Königin billig und befriedigend erschienen seien, und da dieselbe zugleich eindringlich auf die Nachteile aufmerksam gemacht habe, welche sich aus längerer Verzögerung für den Staatsdienst ergeben müßten, so habe man sich nicht länger bedenken dürfen, die Regierung zu übernehmen. Über die Politik, welche das neue Kabinet befolgen werde, behielt er sich eine Erklärung vor, und in bezug auf die Prophezeiung einiger Politiker, daßselbe werde sich nicht lange behaupten können, bemerkte er, man möge sich erinnern, daß frühere Regierungen, denen man gleichfalls eine kurze Amtsdauer vorausgesagt habe, später neun oder zehn Jahre am Ruder geblieben seien.

Das neue Ministerium ist im ganzen wohl gewählt. Der Chef desselben, der zugleich die auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat, Marquis von Salisbury, ragt zunächst durch alten Adel und großen Reichtum hervor, und seine parlamentarische und diplomatische Vergangenheit sichern ihm ein bedeutendes Ansehen. Er hat als Lord Cecil und Viscount Cranborne viele Jahre im Unterhause gesessen und sich dabei, sowie als Mitglied des Kabinetts Derby, das er 1867 verließ, weil Disraelis Reformpläne ihm zu weit gingen, als strenger Tory erwiesen. Als Diplomat machte er sich zunächst 1876 auf der Konferenz zu Konstantinopel einen Namen, der in den Ohren der Türken keinen wohlthuenden Klang hatte. Dann erschien er neben Beaconsfield auf dem Berliner Kongresse, wo er am 28. Juni 1878 den Antrag auf Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina durch die Oesterreicher stellte und be-

gründete. Im Oberhause war er zu jeder Zeit ein eifriger und schneidiger Gegner Gladstones, sodaß man sagen konnte, der eigentliche Führer der Opposition sitze jetzt nicht, wie sonst üblich, unter den Gemeinen, sondern unter den Peers. Sir Stafford Northcote oder, wie wir ihn fortan nennen müssen, Lord Idlesleigh, der neue erste Lord des Schatzamtes, ist eine weichere und anspruchlosere Natur und mit dieser Eigenschaft allgemein beliebt. Er ist zwölf Jahre älter als Salisbury und gehört schon seit 1855 dem Unterhause an, in welchem er zuletzt mehrere Jahre die Opposition gegen Gladstone leitete. Er beobachtete dabei immer, teils seinem Charakter gemäß, teils wohl in Erinnerung an den Umstand, daß er einmal Privatsekretär Gladstones als Präsidenten des Handelsamtes gewesen, eine gewisse Schonung und Zurückhaltung, die zuweilen wie Mattheit ausfah. Dagegen war er ein fleißiger und solider Arbeiter und in finanziellen Dingen wohlverfahren, Eigenschaften, mit denen er sich auch in seiner neuen Stellung nützlich machen wird. Für die auswärtige Politik kommt er nicht in Betracht. Was ihm an Schärfe und Thatkraft abgeht, besitzt in hohem Grade sein jüngerer Kollege Lord Randolph Churchill, ein Nachkomme des berühmten Feldherrn Marlborough, dessen fünften Nachfolger in der Herzogswürde er zum Vater hat. Kaum sechsunddreißig Jahre alt und erst seit zehn Jahren Mitglied des Parlaments, bildet er, dem das wichtige Departement der indischen Angelegenheiten zugeteilt worden ist, das sensationelle Element in dem neuen Kabinet. Er ist ein recht eigentümlicher Konservativer, dieser Lord, ein Vertreter des radikalen Torytums. Wie die Whigs einen linken Flügel haben, so haben die Tories in ihm und seinen Freunden, die sich neben den Parnelliten, der „dritten Partei,“ als „vierte Partei“ gefallen, ebenfalls ein solches Nebenglied, das besonders sozialpolitische Zwecke verfolgt und, halb aus Laune und zum Vergnügen, halb aus praktischen Erwägungen, das Loos der Arbeiter zu verbessern strebt. Lord Churchill ist ein Feuerbrand, ein Stürmer und Dränger, aber zugleich ein Talent, das eine Zukunft zu haben scheint. Dieser brillante Rekrut der Ultrakonservativen mit dem sozialistischen Anfluge hat sich die hohe Stelle, welche er jetzt einnimmt, ohne Zweifel mehr durch seinen Einfluß außerhalb der Schranken des Parlaments als durch seine leidenschaftliche und nicht selten maßlose Polemik im Hause der Gemeinen erworben. Das Land schätzt und bewundert seine Unerfrorenheit, sein dreistes Auftreten, sein Selbstvertrauen; sein vulkanisches Wesen imponirt, besonders neben der Weise Northcotes, alles mit Sammethandschuhen anzufassen und sich ängstlich vor Verletzung zu hüten, seine Reden werden von Freund und Feind mit Begier angehört und gelesen, und trotz mancher Stellen, welche die Klugheit bedauern mag, ist nicht zu leugnen, daß der geistvolle Spott und Tadel, mit dem er, in dieser Beziehung an den Bismarck der Revolutionszeit und der Jahre des Konflikts erinnernd, die Gegner überschüttete, seiner Partei sehr nützliche Dienste geleistet und manchem ein Licht über die Schwächen und Thorheiten der Liberalen auf-

gesteckt hat. Es giebt Leute, die ein nervöses Zittern überfällt, wenn sie sehen, wie ein derartig gearteter Politiker die indischen Angelegenheiten leiten soll, und man muß ihre Befürchtung in gewissem Maße teilen. Indes ist andererseits zu hoffen, daß Lord Randolph Churchill Sachkenntnis und Selbsterkenntnis genug besitzen werde, um ermessen zu können, wie weit er seiner hitzigen und ungestümen Natur in dieser Beziehung vertrauen und die Zügel schießen lassen darf. Er hat Indien gesehen und muß wissen, daß es keine Nation, sondern ein Gemisch sehr verschieden gearteter Völkerschaften, keine Insel, sondern ein Stück des asiatischen Festlandes ist, welches mit so wenig ausschweifender Theorie und so viel gesundem Menschenverstande als möglich regiert werden muß. Wenn er über Gegenstände seines neuen Wirkungskreises im Unterhause sich zu kräftig geäußert hat, so darf man ihm wohl das Benefizium der neuen, freilich nicht ungefährlichen Regel zuteil werden lassen, welche Politikern für das, was sie „in Stellungen von größerer Freiheit und geringerer Verantwortlichkeit“ gesagt haben, Ablass zu erteilen erlaubt, wenn sie ins Amt gelangen. Ob Hicks Beach den Erwartungen entsprechen wird, die sich an seine Wahl zum Kanzler der Finanzkammer und Führer im Unterhause knüpfen, muß sich erst noch zeigen. Über die Befähigung des neuen Lordkanzlers, Sir Hardinge Giffard, der als Lord Halsbury fortan einen Wollsaack im Oberhause einnimmt, herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Der neue Kriegsminister, Smith, gilt als ein sachkundiger und energischer Mann in Marinesachen, als welcher er sich in seiner frühern Stellung als erster Lord der Admiralität bewährte, und man kann nur fragen, warum man ihm jene nicht wiedergegeben hat. Vielleicht beantwortet sich dies aber dadurch, daß in der Admiralität die Arbeit durch ein Kollegium besorgt wird, wogegen jetzt im Kriegsdepartement rascher Erfolg bei der sehr notwendigen Reformierung der Armee sehr von der Energie des obersten Administrators abhängt.

Ob sich Salisburys Hoffnung auf ein langes Leben des Kabinetts erfüllen wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Möglich, fast wahrscheinlich ist es, daß es bei den Herbstwahlen fällt, möglich auch, daß es sein Schiff durch diese hindurchsteuert und dann jahrelang gute Fahrt hat. Viel wird dabei auf die Haltung der Liberalen ankommen, viel auch auf die Politik der Tories, die infolge der liberalen, richtiger radikalen Strömung, welche seit Jahrzehnten schon und ganz besonders in den letzten Jahren England immer weiter nach links und tiefer in demokratische Zustände treiben ließ, sich wie Beaconsfield gezwungen sehen werden, gegen ihre eigentlichen Grundsätze und Absichten in inneren Angelegenheiten zu verfahren. Sie werden hier nicht sehr wesentlich von Gladstones Wegen abweichen können, und die Freunde Englands werden zufrieden sein müssen, wenn die neuen Minister es mit der einen und der andern Maßregel für einige Zeit auf der abschüssigen Bahn, auf der es sich befindet, aufzuhalten imstande sind. Vielleicht gewinnt ihnen Churchills Ruf die Arbeiter, welchen das neue Wahlverfahren Stimme und Einfluß verleiht. Die

Barnelliten haben durch ihren Führer erklärt, sich neutral verhalten zu wollen, falls keine neue irische Zwangsbill aufs Tapet gebracht und durchgesetzt würde. Das Kabinet Salisbury wird hauptsächlich in auswärtigen Fragen zu zeigen haben, was es kann. Wenn von Gladstone und Genossen gesagt wird, sie hätten abgewirtschaftet, so kann sich das nur auf jene Frage beziehen. Aber es erheblich besser als der abgetretene Premier zu machen, wird keineswegs leicht sein. Der Wille thut es hier nicht allein, man muß Wege und Mittel finden, wenn der verfahrne Staatswagen weitergebracht und wieder in raschen und regelrechten Gang nach dem durch sein Interesse gesteckten Ziele gesetzt werden soll.

Von Leuten, welche sich als Eingeweihte angesehen wissen wollen, wird die äußere Politik des Torykabinetts im allgemeinen als von dem Bestreben ausgehend charakterisirt, dem Lande zu zeigen, daß die Konservativen die wahren Freunde des Friedens seien, da sie nicht die Absicht hätten, sich wie die bisher herrschenden Staatsmänner dem Unvermeidlichen zu widersetzen, um dann nachzugeben, und da sie sich nicht von demokratischen Liebhabereien zur Hineigung zu republikanischen Staaten und zur Bevorzugung derselben verleiten ließen, was dem Lande nur Demütigung zugezogen und es isolirt habe. Salisbury werde in erster Reihe ein inniges Einvernehmen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn erstreben und zunächst versuchen, die Frage wegen der russisch-afghanischen Grenze endgiltig zu lösen, und er und Churchill würden sich dabei gegen Rußland entgegenkommender zeigen als Lord Granville. Sie würden nicht wie die Liberalen sich bemühen, Indien durch Verhandlungen und Verträge zu schützen, die nach den Lehren der Geschichte nur geringen Wert hätten, sondern England eine so feste Stellung zwischen Indien und Rußland schaffen, daß die britische Macht zwischen Indus und Ganges fortan nicht mehr gefährdet werden könnte. Im Hinblick auf Agypten werde Salisbury sich angelegen sein lassen, die Stellung Englands dadurch zu befestigen, daß das britische Kabinet sich offen für die Maßregeln der dortigen Regierung verantwortlich erkläre und im Lande eine Armee zurücklasse, welche hinreiche, die Ordnung aufrecht zu erhalten und einen Einbruch des Mahdi in das untere Niltthal abzuwehren.

Das wären gewiß recht lobwürdige Absichten, nur erfahren wir nichts bestimmtes und ausreichendes über das Wie ihrer Ausführung. Gewiß wird man in Berlin und Wien die Ersetzung Gladstones durch Salisbury nicht ungern gesehen haben, obwohl seine schroffe Art in diplomatischen Geschäften den Verkehr mit ihm einigermaßen unbequem machen könnte. Er ist ehrlicher, konsequenter und zuverlässiger als Gladstone, sodasß man im allgemeinen wissen wird, wie man mit ihm daran ist. Es wird sich wenigstens in Kolonialsachen mehr guter Wille kundgeben als bisher; nur werden die Handlungen der betreffenden Herren nicht über das hinausgehen können, was man hergebrachtermaßen als englisches Interesse ansieht. Auch wird alles, mindestens bis zu den

Wahlen, mehr oder minder den Charakter des Provisorischen und Halbten tragen. Die Regierung, welche vom Parlament abhängt und hier nur die Minorität für sich hat, wird nicht wohl imstande sein, vollständig nach ihrer Überzeugung zu handeln, und man wird stets zu befürchten haben, daß die Wähler das, was mit ihr ausgemacht ist, durch Gegner ihrer Politik umstoßen lassen. Endlich muß die deutsche Staatsleitung zwar nicht notwendig eine antienglische sein, wohl aber weist sie das Interesse des Reiches mehr auf Berücksichtigung der Bedürfnisse, Stimmungen und Wünsche der benachbarten Kontinentalmächte hin, die unter keinen Umständen von einer Annäherung zwischen uns und England gefährdet und geschädigt werden dürfen. Mit diesen Mächten in gutem Einvernehmen zu bleiben, ihr Vertrauen weiter zu genießen, ist die Hauptfache; will England mit uns zu einem bessern Einverständnis gelangen, so ist das willkommen zu heißen, da es den Frieden befestigen würde, nur wird dann England Opfer bringen müssen, nicht aber an uns das Ansinnen stellen dürfen, dieser Freundschaft alte und neue Freundschaften im Osten und Westen zu opfern oder irgendwie zu lockern.

Darnach ist auch das zu beurteilen, was jene „Eingeweiheten“ über die afghanische und die ägyptische Frage sagen. Wir werden uns als Freunde und Förderer des Weltfriedens freuen, wenn es dem neuen englischen Kabinet gelingen sollte, hier wie dort eine Lösung zu finden, welche alle Teile befriedigt und die Verlegenheiten beseitigt, die Gladstones Ungeschick heraufbeschworen hat. Aber uns zu irgendwelchen Diensten hier gegen Frankreich, dort gegen Rußland bereit zu erklären, darf man uns nicht zumuten. England wird sich in beiden Beziehungen am besten selbst dienen, wenn es der Billigkeit Gehör giebt. Was wir darunter verstehen, wollen wir nicht formuliren. Wie die „Eingeweiheten“ sich die Schutzmauer zwischen Rußland und Indien vorstellen, welche nach ihren Bericht Salisbury und Churchill zu erbauen vorhaben, können wir uns nicht recht klar machen, und ob das, was sie über die Absichten der Toryminister in betreff Agyptens sagen, der rechte Hebel sein wird, der den Engländern aus der dortigen Verlegenheit heraushilft und sie namentlich wieder an Frankreichs Seite stellt, ist uns sehr zweifelhaft.

Wir erwarten also bis auf weiteres keine großen Erfolge für das neue Kabinet, es müßte sich denn unerwartet ein ungewöhnliches politisches Element, ein Genie aus dessen Mitte erheben. Bis dahin wollen wir hoffen, daß es sich wenigstens besser zeigen werde als Gladstone und Genossen. Es gehört nicht allzuviel dazu, und die Hoffnung ist begründet. Man wird bei ihm keinen Launen und unpraktischen Theorien, keinen schwächlichen Vorsätzen und keinem ewigen Schwanken zwischen Dreistigkeit und Verzagttheit, keinem zu starken Gebrauch der Notlüge begegnen. Man wird es ein verständliches Spiel beginnen sehen und geneigt sein, seinen Versicherungen, soviel an ihm ist, zu vertrauen. Man wird in Berlin endlich einmal gehörig erfahren, was England eigentlich wünscht

und nicht wünscht, und was es zu bieten hat, wenn man ihm dabei, soweit man sich dadurch nicht selbst anderswo ins Licht tritt, Unterstützung zu gewähren bereit ist.



Das richterliche Urteil und die Phrase.



Anlaß zu dieser Besprechung giebt uns ein in jüngster Zeit entschiedener Strafprozeß, der Prozeß wider den Redakteur der in Berlin erscheinenden „Freien Zeitung“ wegen Beleidigung des Hofpredigers Stöcker, ein Prozeß, der, nächst dem vor elf Jahren verhandelten Prozeß Arnim, wohl mehr als jeder andre die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland auf sich gezogen hat. Die Tagesblätter haben ausführliche Mitteilungen über die Verhandlungen in diesem Prozesse gebracht, auch das von dem Vorsitzenden des Gerichts verkündete Urteil umfassend wiedergegeben. Wenn auch nach § 267 der Strafprozeßordnung bei erfolgter Aussetzung der Entscheidung die Urteilsgründe zur Zeit der Verkündigung schon schriftlich festgestellt sein mußten, so scheint doch, wie man nach Inhalt der Verkündigung annehmen muß, der Vorsitzende von der Befugnis Gebrauch gemacht zu haben, die Urteilsgründe, statt sie aus der schriftlichen Aufzeichnung zu verlesen, „ihrem wesentlichen Inhalte nach“ in freier mündlicher Rede mitzuteilen, und es wird daher die veröffentlichte Entscheidung auf einer stenographischen Aufzeichnung dieser mündlichen Rede beruhen. Da nun aber einmal das Urteil in dieser Form in die Öffentlichkeit gelangt ist, so werden wir diese Form einstweilen auch als die authentische betrachten und an sie unsere Bemerkungen knüpfen dürfen.

Von vornherein wollen wir aussprechen, daß es uns hier nicht um eine Verteidigung des Hofpredigers Stöcker zu thun ist. Wir bekennen offen, daß wir keine Anhänger dieses Mannes sind. Wenn wir auch glauben, daß derselbe in voller Überzeugungstreue für Zwecke, die er für gut hält, in die Bewegung der Zeit eingetreten ist, so erachten wir doch die von ihm gewählten Mittel und Wege nicht für die richtigen. Das, was uns zur Feder greifen läßt, ist allein der Wunsch, daß in Prozessen dieser Art die Gerichte stets eine ihrer völlig würdige Haltung einnehmen und nicht — wenn auch nur unbewußt — sich zu Werkzeugen politischer Agitation hergeben möchten.

Seitdem die Redekunst in den Parlamenten zu großer Bedeutung gelangt ist, ist sie natürlich bemüht gewesen, sich aller derjenigen oratorischen Mittel zu